

1. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 30. Juni 1948.

In der heutigen (84.) Sitzung des Nationalrates wurden eine Anfrage und drei Anträge eingebracht, und zwar

242/J

A n f r a g e

der Abg. Frieda M i k o l a, R a i n e r, Dr. Nadine P a u n o v i c,
G r u b h o f e r und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Schaffung von Fürsorgemaßnahmen für die Altsparer bis zum Jahre 1938.

-.-.-.-.-.-

Die Gefertigten haben anlässlich der Schaffung des Währungsschutzgesetzes im Dezember 1947 im Hohen Hause den Antrag gestellt, daß die durch das Währungsschutzgesetz am härtesten betroffenen arbeitsunfähigen Altsparer bis zum Jahre 1938, welche 10 Monate nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ohne jedes Einkommen vollkommen mittellos dastehen, durch entsprechende Maßnahmen der Bundesregierung in die Kleinrentnerfürsorge einzubeziehen wären.

Leider ist bis jetzt von derartigen Maßnahmen nichts bekannt geworden. Da aber die 10-monatige Frist in kurzer Zeit abläuft, stellen die Gefertigten an den Herrn Finanzminister die

A n f r a g e :

Was hat die Bundesregierung zur Unterstützung der arbeitsunfähigen Altsparer nach Ablauf der 10-monatigen Frist vorgesehen?

Ist es möglich, diese Frist unter den gegebenen Voraussetzungen noch um weitere 10 Monate zu verlängern? Oder ist die Einbeziehung der arbeitsunfähigen Altsparer bis zum Jahre 1938 in die Kleinrentnerfürsorge bereits vorgesehen?

-.-.-.-.-.-